

## Mobilität im Alter

### Senioren/innen geben ungern das Steuer aus der Hand Mehr freiwilliges Verantwortungsgefühl ist dringend notwendig

Wer gibt schon gerne zu, dass seine Leistungsfähigkeit mit 75 Jahren nicht mehr so ganz der eines 40-jährigen entspricht. Da lässt uns gelegentlich mal das Gedächtnis im Stich. Da schmerzen die Kniegelenke heftig, wenn wir sie beugen müssen und von den Problemen in der Schulter ganz zu schweigen. Was soll das? werden Sie jetzt fragen. Was hat das mit dem Autofahren zu tun. Unter solchen Wehwehchen leiden jüngere Menschen ebenso, da fragt niemand nach, wie lange er noch den Führerschein behalten darf. Die Realität ist leider so: Immer dann, wenn ältere Menschen einen Unfall verursachen, wird der Ruf nach einer Prüfung der Fahrtauglichkeit ab einem gewissen Alter wieder lauter. Nicht selten heißt es dann: Runter von der Straße – Opa mit Hut contra Bleifuß-Rowdy.

Senioren/innen am Steuer aber wollen sich nicht bevormunden lassen – und das ist auch richtig so. Aber – Senioren/innen am Steuer sind damit nicht aus der Pflicht, freiwillig ihre Fahrtauglichkeit in regelmäßigen Abständen überprüfen zu lassen. Ältere Menschen zeichnen sich meist durch eine gewisse Gelassenheit und Ruhe aus. Beide sind gewachsen durch ein erfahrungsreiches Leben. Und genau jene Erfahrung sollte für Senioren/innen die Triebfeder sein, sich regelmäßig und freiwillig auf ihre Leistungsfähigkeit hinter dem Steuerrad und in einem immer hektischer werdenden Verkehr überprüfen zu lassen. Freiwillig – bevor eine Regierung sich veranlasst sieht, Tauglichkeitsprüfungen per Gesetz einzuführen oder das Führen eines Autos nur noch bis zu einem gewissen Lebensalter zu erlauben. So weit darf es nicht kommen. Wir bieten Ihnen dazu auf Seite 2 und 3 entsprechendes Hintergrund-Wissen und Informationsquellen an. Auf Seite 4 finden Sie weitere Meinungen zu diesem Thema.

Als bekannt wurde, dass die Landesregierung für das kommende Haushaltsjahr die Mittel für die Altenpolitik wiederum kürzen wollte, läuteten beim Vorstand der Landesseniorenvertretung die Alarmglocken. In einer Blitzaktion haben wir die Seniorenvertretungen in den Kommunen gebeten, dem Ministerpräsidenten im wahrsten Sinne des Wortes die „Rote Karte“ zu zeigen. In der Altenpolitik darf auf keinen Fall noch mehr Geld eingespart werden. Eine vielfältige, zukunftsweisende Seniorenarbeit trägt nicht zuletzt dazu bei, hohe Folgekosten im sozialen Sicherungssystem zu verhindern. Mehr dazu finden Sie auf Seite 3.

Das Thema Studiengebühren für „Ältere Semester“ haben wir auf Seite 5 im Gespräch mit Prof. Dr. Ludger Veelken, Dortmund, aufgearbeitet. Bei diesem Thema gehen die Meinungen auseinander: Einerseits – so die Experten – handelt es sich beim Studium im Alter um eine nicht existenznotwendige Beschäftigung. Andererseits aber belegen die Zahlen, dass viele ein weiterbildendes Studium für nachberufliche Tätigkeiten – vornehmlich im ehrenamtlichen Bereich – absolvieren. Die LSV wird die Entwicklung bei den Studiengebühren aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls intervenieren, wenn unangemessen hohe Gebühren für ältere Menschen erhoben werden sollen.

Einen mutigen Schritt in die Zukunft hat die Gemeinde Übach-Palenberg gewagt: Ein altes Bahnhofsgebäude wurde in ein Zentrum umgewandelt, in dem sich künftig alle Generationen treffen und voneinander profitieren können. Die Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren hat bei ihrem Bürgermeister fehlende Pflegeplätze angemahnt.

Das Modellprojekt *LIMITS* wird ebenso Anregungen für unsere Arbeit geben, wie Berichte über entsprechende Aktivitäten aus Olpe und Gelsenkirchen. *Hiltrud Wessling*

#### Aus dem Inhalt:

<b>Verantwortung für sich und andere</b>	2
<b>Tipps für die praktische Arbeit</b>	3
<b>LSV aktiv: Rote Karte für Ministerpräsident Clement</b>	3
<b>Meinungen: „Senioren/innen am Steuer“</b>	4
<b>Studiengebühren für ältere Semester</b>	5
<b>Kommentar zur Antwort von DB-Chef Mehdorn</b>	7
<b>Aus den Seniorenvertretungen</b>	8
<b>Seniorenvertretungen stellen sich vor z. B. Olpe + Gelsenkirchen</b>	10 + 11
<b>Modellprojekt <i>LIMITS</i></b>	12

**HINTERGRUND-WISSEN:****Verantwortung für sich und andere**

Nach dem allgemeinen Alltagsverständnis, zum Teil aber auch im wissenschaftlichen Bereich, herrschte bis in die jüngere Zeit die Annahme vor, dass Älterwerden beim Menschen im Wesentlichen als generelle und universelle Abnahme der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit zu verstehen sei.

Diese Auffassung lässt sich aber in dieser allgemeinen Form auf Grund neuerer gerontologischer Forschungsarbeiten nicht aufrecht erhalten. Es lässt sich in der Regel weder ein alle Bereiche betreffender – also genereller – noch ein alle Personen betreffender – also universeller – Abbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten nachweisen.



Foto: RWTÜV Essen / MPI 13

Neuere psychologische Modelle des Alterns gehen eher davon aus, dass sich die Leistungsreserven mit zunehmendem Altern verringern.

Altersbedingte Veränderungen in Richtung Leistungseinbußen können nicht generell in Abrede gestellt werden, aber eine Vielzahl dieser Abbauprozesse lässt sich durch Gebrauch oder spezielles Training dieser Funktionen verlangsamen oder gar stoppen. Aus diesem Grunde können keine generellen Altersvergleiche gemacht werden, die sich allein am Lebensalter festmachen. Damit kann es auch keine psychologisch begründ-

bare generelle Altersgrenze einer Kraftfahreignungsüberprüfung geben.

Seniorinnen und Senioren am Steuer sind aber vielen anderen Autofahrern – vornehmlich den jungen – ein Dorn im Auge. Bevorzugtes Vorurteil: Sie schalten zu langsam, halten den Verkehr auf. Nach jedem Unfall, den ein älterer Autofahrer verursacht hat, wird der Ruf nach einer Prüfung der Fahrtauglichkeit ab einem gewissen Alter wieder lauter. Runter von der Straße – das kann und darf aus Sicht des TÜV und seiner Medizinisch-Psychologischen Untersuchungsstellen aber nicht die Lösung sein.

Gelassenheit führt auch zum Ziel – nach diesem Motto fahren auf unseren Straßen vornehmlich die älteren Autofahrer. Das haben zahlreiche Untersuchungen eindeutig belegt. Emotionale Ausgeglichenheit, geringer Bedarf an Selbstdurchsetzung, Ruhe und Besonnenheit sind für sie in

fast allen Verkehrssituationen die besten Ratgeber. Eigenschaften, die sich übrigens auch trainieren lassen. Wie steht es um meine Fahrtüchtigkeit? Haben Sie sich diese Frage schon einmal gestellt? Hat man Ihnen diese Frage schon einmal gestellt? Eine Gefährdung kann davon ausgehen, dass ein älterer Kraftfahrer möglicherweise nicht länger in der Lage ist, den gewachsenen Anforderungen im Straßenverkehr gerecht zu werden. Die folgende Checkliste (nicht nur) für ältere Kraftfahrer hilft Ihnen, diese Frage für sich zu beantworten:

- Ein Freund oder ein Familienmitglied hat schon einmal Sorgen ausgedrückt über Ihren Fahrstil.
- Manchmal verfahren Sie sich auf Routen, die Ihnen früher durchaus vertraut waren.
- Sie sind schon einmal von einem Polizisten angehalten worden und auf Ihre Fahrfehler aufmerksam gemacht worden, auch wenn Sie kein Bußgeld zahlen mussten.
- Sie hatten in den letzten drei Jahren schon mehrere Beinahe-Unfälle oder tatsächliche Unfälle.
- Ihr Hausarzt hat Sie schon einmal darauf aufmerksam gemacht, dass Sie ihr Autofahren einschränken sollten.
- Das Autofahren fordert die Fähigkeit zur Aufteilung der Aufmerksamkeit auf mehrere gleichzeitig ablaufende Aktivitäten und die angemessene Reaktion auf sich schnell verändernde Situationen. Das klappt noch?
- Sie fühlen sich überwältigt von allen Verkehrszeichen, Signalen, Straßenmarkierungen, Fußgängern und Fahrzeugen, auf die Sie im Kreuzungsbereich achten müssen.
- Es fällt Ihnen schwer, Lücken im Verkehrsfluss richtig zu beurteilen, wodurch das Linksabbiegen an Kreuzungen und das Einfügen in den fließenden Verkehr – vor allem auf Autobahnen – schwieriger werden.
- Sie nehmen Medikamente ein, die Sie müde machen.
- Sie machen die Erfahrung von Schwindel oder Bewusstlosigkeit.
- Sie sind sich nicht sicher, ob Sie den Anforderungen hoher Geschwindigkeit oder starken Verkehrsaufkommens ausreichend gerecht werden.
- Sie sind relativ langsam in der Wahrnehmung von Fahrzeugen, die aus Einfahrten oder Nebenstraßen kommen.

*Dr. Don Milton DeVol  
RWTÜV Fahrzeug GmbH  
Essen*

## Tipps für die praktische Arbeit der Seniorenvertretungen

### Individuelle Mobilitätsberatung

**W**er das Thema „Mobilität im Alter“ unter dem Aspekt Senioren/innen am Steuer in seiner Kommune als Vortrag anbieten will, hat dafür weitere Möglichkeiten, Hintergrundinformationen einzuholen:

**Mobil-bleiben Beratung.** Der RWTÜV Essen bietet für 80 Euro eine „individuelle Mobilitätsberatung“ an mit einem verkehrspsychologischen Leistungs-Check und Erläuterung der Ergebnisse durch einen erfahrenen Verkehrspsychologen. Entsprechend den Testergebnissen können dann auch Empfehlungen ausgegeben werden. Unter anderem stehen unterschiedliche Seminare und Trainingsmaßnahmen zur Verfügung.

**Mobil-bleiben-Ratgeber:** Für diejenigen, die sich intensiver und ausführlicher informieren wollen, gibt es die

Möglichkeit, für eine Schutzgebühr von 12 Euro, vom RWTÜV eine 40-seitige Broschüre „mobil-bleiben-Ratgeber“ zu beziehen. Bestellungen und Anfragen können per Telefon, E-Mail oder schriftlich aufgegeben werden.

#### Adresse:

RWTÜV Fahrzeug GmbH, Medizinisch-Psychologisches Institut, Steubenstraße 53,  
45138 Essen – Dr. Don DeVol.  
Telefon 0201/830 1912;  
Fax 0201-830-1929;  
E-Mail mobilbleiben@rwtuev.de

Darüber hinaus gibt es noch ein Internetportal, das ältere Menschen für das Thema sensibilisieren soll und dafür praktische Hilfen anbietet. Die Nutzer der Seite können an Demo-

Versionen von Original-Verkehrstest-Verfahren ihre Fitness für die Verkehrsteilnahme testen. Die Tests werden über eine Datenbank ausgewertet und anschließend Hilfen und Trainingsangebote vorgeschlagen. Über die Suchmaschine erfahren Sie vieles über verkehrsgerechte Medikamente. Ein Lexikon erleichtert das Verständnis erklärungsbedürftiger Begriffe.

<http://www.mobilbleiben.de>

Seit einer Gesetzesänderung aus dem Jahre 1999 gibt es eine Reihe unterschiedlicher Anbieter für eine „Mobilitätsberatung“. Die Straßenverkehrsämter haben Unterlagen und Hinweise, wo die nächste psychologische Beratungsstelle zu erreichen ist.

## LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

### Rote Karte für Ministerpräsident Clement – Aktion gegen Kürzungen in der Seniorenpolitik

**D**er von der Landesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf für das Jahr 2003 sieht eine Kürzung in Höhe von 4,627 Millionen Euro für die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen vor. Die Landesseniorenvertretung hat dies nicht hingenommen und sich umgehend mit einem Schreiben an die Landesregierung – Ministerpräsident Wolfgang Clement, Finanzminister Peer Steinbrück und Sozialministerin Birgit Fischer – gewandt. Darin heißt es unter anderem: „Mit einer solchen Kürzung ist die Seniorenpolitik in 1999 in Höhe von rd. 94 Millionen DM (48 Mio. Euro) bis zum Jahre 2003 in Höhe von rd. 62 Mio. (31,7 Mio Euro) drastisch heruntergefahren worden. Die Landesseniorenvertretung spricht sich geschlossen gegen weitere Kürzungen in der Seniorenpolitik aus. Dieser kontinuierliche soziale Kahlschlag muss sofort gestoppt werden.“

Weiter heißt es: „Noch am 28. Mai 2002 hat die Landesregierung in ihrer

Antwort auf die Große Anfrage 9 der SPD-Fraktion „Leben im Alter“ die hohe Bedeutung der Seniorenpolitik betont.“

**„Älter zu werden, das Berufsleben hinter sich zu lassen, das heißt für immer mehr ältere Menschen auch: Neue Aktivitäten zu entwickeln, neue Chancen für ein neues Leben und neue Erfahrungen zu bekommen und noch Zeit zu haben, sich gesellschaftlich zu engagieren.“ Ministerpräsident Wolfgang Clement am 30. August 2000 in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag NRW.**

Noch am 26. Juni hatten die Fraktionen im Plenum des Landtages diese Antwort der Landesregierung politisch diskutiert: „Diese Erklärungen sind jetzt Schall und Rauch, die Se-

niorenpolitik der Landesregierung ist Makulatur“, wirft die LSV der Landesregierung vor. „Das Gesamtvolumen der Seniorenpolitik macht lediglich 0,12 % des Landeshaushaltes aus. Die aktivierende Seniorenpolitik bewegt sich bereits im Promillebereich.“ Die Landesseniorenvertretung weist in ihrem Brief an die Landesregierung darauf hin: „Die Tätigkeit der vielen, ehrenamtlich geführten Vereine und Initiativen ist Prävention. Sie trägt dazu bei, hohe Folgekosten im sozialen Sicherungssystem zu verhindern.“

Die LSV schickte außerdem eine vorgedruckte „rote Karte“ an die Mitglieder der Seniorenvertretungen in den einzelnen Kommunen mit der Bitte, sie an Landesregierung und Landtagsabgeordnete zu senden, versehen mit der Aufforderung: „Wir erwarten keine weiteren Kürzungen in der Altenpolitik.“

*Hiltrud Wessling, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW*

# MOBILITÄT IM ALTER – SENIOREN/INNEN AM STEUER

## Meinungen zum Schwerpunktthema

**U**m die Brisanz des Schwerpunktthemas „Mobilität im Alter“ zu verdeutlichen, haben wir den Arzt für Allgemeinmedizin, Dr. Wolfgang Bangen, die Altpflegerin Nicole Benten und Hiltrud Wessling, seit 20 Jahren in der Altenarbeit tätig, um ihre persönliche Meinung zum Thema „Senioren am Steuer“ gefragt.

„Grundsätzlich bin ich dafür, dass ältere Menschen den Führerschein so lange behalten, wie eben möglich. Nur, dass die Möglichkeiten mit zunehmendem Alter – und das ist völlig normal – eingeschränkt werden. Allerdings ist der Begriff „Alter“ individuell zu definieren.

Die Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um andere Fähigkeiten und Ressourcen vorzuführen und der Isolation vorzubeugen. Sie lässt ältere Menschen am Leben teilnehmen.

Viele merken zwar, dass die Fahrtüchtigkeit nachlässt. Aber trotzdem sind sie nicht bereit, Führerschein und Auto abzugeben. Mit beidem ist in vielen Fällen eine Art von Selbstwertgefühl und Besitzanspruch verbunden, die meist aus der Lebensgeschichte des einzelnen Menschen zu erklären sind.

Senioren/innen meinen oft, die schwindende Leistungsfähigkeit beim Autofahren auszugleichen, indem sie langsam und übervorsichtig fahren. Um ein Beispiel zu nennen: Es bringt gar nichts, bereits 500 Meter vor einer Kreuzung durch Blinken anzuzeigen, dass man abbiegen will. Das irritiert lediglich den nachfolgenden Verkehr. Die Reihe solcher Beispiele ließe sich fortsetzen. Eine Konsequenz daraus: Die Vorurteile, die ohnehin bereits gegen ältere Menschen am Steuer bestehen, werden durch ein solches Verhalten verstärkt. Das trägt nicht unbedingt zum besseren Verständnis der Generationen untereinander bei. Ab einem bestimmten

Alter sollten Untersuchungen erfolgen, die Reaktionsschnelligkeit, Sehkraft und Hörvermögen prüfen. Bestimmte Handgriffe beim Fahren wiederholen sich. Verschiedene Krankheiten – zum Beispiel Altersdemenz, insbesondere Anfangsstadien vom Typ Alzheimer – beeinträchtigen den logischen Ablauf der Handgriffe, ohne dass die Älteren es bemerken. Oder – was noch viel folgenreicher ist – sie versuchen es zu überdecken, zu ignorieren. Senioren/innen müssen begreifen lernen, dass Überprüfungen der Fahrtüchtigkeit auf freiwilliger Basis notwendig sind.“

*Nicole Benten, staatlich examinierte Altpflegerin, Sassenberg*

„Mein Mann und ich wohnen in einem Stadtteil von Münster. Ich werde mit 72 Jahren in die Innenstadt ziehen, mein Auto verkaufen und meinen Führerschein abgeben. Dafür habe ich gute Gründe:

Keiner kann von sich behaupten, dass er jederzeit hundert Prozent fit ist. Das Leben, vor allem auch der Straßenverkehr, wird immer schneller und daher für einen älteren Menschen zu einer ständig steigenden Stressbelastung.

Durch langsam fahren kann ein älterer Mensch diesen Anforderungen nicht gerecht werden. Im Gegenteil: Langsames Fahren behindert den Verkehr.

Ich bin jetzt 20 Jahre in der Altenarbeit tätig und habe immer den Standpunkt vertreten, dass man sein Alter realistisch sehen sollte. Für viele Senioren/innen geht es ums Prestige, wenn sie glauben, möglichst bis ins hohe Alter das Autosteuer in der Hand zu halten. Einen solchen Beweis ihrer Fähigkeiten haben sie eigentlich gar nicht nötig.

Auch die Argumente, ohne Auto nicht mehr mobil zu sein, sind meiner Meinung nach nicht stichhaltig. Für das Geld, das ich für ein Auto jährlich auf-

bringen muss, kann ich mir oft ein Taxi kommen lassen. Auch um größere Einkäufe für den Alltag zu erledigen, benötige ich mit 72 Jahren kein Auto mehr. Heute wird die Ware ohne Probleme von den Kaufleuten ins Haus gebracht.

Ich bin ganz sicher: Meine Lebensqualität wird nicht darunter leiden, wenn ich mit 72 Jahren meinen Führerschein abgebe.

*Hiltrud Wessling, Münster*

„Es gibt meines Wissens nach keine Bestimmung, die vorschreibt, wann ein älterer Mensch sich untersuchen lassen muss. Ausnahme: Wenn jemand 50 Jahre und älter ist und den Führerschein für Lkw verlängern will. Dann ist eine ärztliche Untersuchung – bestehend aus einem klinischen Befund, Besuch beim Augenarzt und Prüfung des Hörvermögens – unumgänglich.“

Wer aber den normalen Führerschein – zum Beispiel Klasse III – einmal erworben hat, darf Auto fahren, so lange er noch den Zündschlüssel herumdrehen kann.

Es fragt niemand danach, ob er dem ständig wachsenden Straßenverkehr noch gewachsen ist.

Mein Vorschlag: Ab dem 35. Lebensjahr kann jeder freiwillig (und je nach Krankenversicherung kostenfrei) eine Herz-Kreislauf-Untersuchung in Anspruch nehmen. In diesem Rahmen sollte künftig auch – zum Beispiel ab dem 60. Lebensjahr – die Frage nach der Fahrtauglichkeit in Bezug auf Reaktionsvermögen, Augen und Gehör gestellt werden.

So zahlen zum Beispiel in Amerika die Kassen ihren Versicherten einen Bonus, wenn sie sich solchen Untersuchungen freiwillig unterziehen.

Wichtig ist, dass eigenverantwortliches Bewusstsein gefördert wird. Auf keinen Fall darf es so weit kommen, dass irgendwann der Staat entscheidet, ab welchem Lebensalter jemand

seinen Führerschein abgeben muss. Heute können ältere Menschen erst zum Test verpflichtet werden, wenn sie der Polizei durch ihr Verhalten am Autosteuer aufgefallen sind. Eine solche Kontrolle sollte meiner Meinung nach ab 70 bis 75 Jahre alle zwei Jahre und ab 80 Jahre jedes Jahr zur Pflicht gemacht werden. Gelegentlich frage ich in meiner Sprechstunde ältere Menschen, wie

es mit dem Autofahren klappt. Oft höre ich dann: „Ich fahre eigentlich nicht mehr viel, vielleicht noch so rund 5000 Kilometer im Jahr.“ Im Klartext: Das Auto steht die meiste Zeit in der Garage.

Ich versuche dann, die wirtschaftliche Seite aufzuzeigen: Ein Autokilometer kostet heute rund 0,50 Ct pro Kilometer an Steuern, Versicherung, Haftpflicht, Benzin usw. Für dieses

Geld kann ein älterer Mensch sich jährlich viele Taxis leisten. Er kommt stressfrei von einem Ort zum anderen, braucht nicht mehr verzweifelt nach Parkplätzen zu suchen. Unter solchen Gesichtspunkten stellen sich dann viele ältere Menschen tatsächlich die Frage, ob sich ein Auto für sie überhaupt noch lohnt.

*Dr. Wolfgang Bangen, Arzt für Allgemein-Medizin, Münster-Hiltrup*

## Studiengebühren für „ältere Semester“

Gespräch mit Professor Dr. Ludger Veelken, Dortmund

**H**eiße Diskussionen, Proteste Haus allen gesellschaftspolitischen Bereichen und vor allem viel Verwirrung lösten die Beschlüsse der Landesregierung aus, die Studiengebühren zu erhöhen. Hart betroffen wären vor allem Seniorenstudenten gewesen, sollte doch für sie die Semestergebühr auf 650 Euro angehoben werden. Die Landessenorenvertretung NRW hat beim zuständigen Ministerium gegen die Gebührenerhöhung protestiert. Trotzdem: Es bleibt noch immer ein Rest von Unsicherheit.

„NUN REDEN WIR“ hat deshalb mit Prof. Dr. Ludger Veelken gesprochen. Prof. Veelken ist für das Seniorenstudium an der Universität Dortmund verantwortlich.

Nach seiner Promotion 1976 über Probleme des Jugendalters erhielt er grünes Licht für Entwicklung und Leitung eines Modellversuchs zu diesem Thema. Dieser erste westdeutsche Modellversuch der Bund- Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wurde 1985 als Weiterbildendes Studium für Seniorinnen und Senioren an der Universität Dortmund eingerichtet. Prof. Veelkens Interesse gilt der Erforschung von Jugend- und Alternsfragen in Theorie und Universitätspraxis und diesen Lebenslaufaspekt auf Bildungsprogramme außerhalb der Hochschule zu übertragen.

? War das Studium für ältere Menschen bisher gebührenfrei?

**Antwort:** Laut Angabe im Studienführer für Senioren (Hrsg. BMB+F) bieten 50 deutsche Hochschulen ein „Seniorenstudium“ an. Fast 25.000 ältere Erwachsene sind an deutschen Hochschulen als Senior-Studierende eingetragen. Fast alle Hochschulen verlangen von ihren Senior-Studenten eine Gasthörergebühr, deren Höhe von Hochschule zu Hochschule verschieden ist. Die Gebühren kommen vielfach der Weiterbildung für Senioren zugute.

? Wie viele Menschen sind von der neuen Regelung betroffen? Ist deren Zahl in den letzten Jahren gestiegen? Wie sieht es in anderen Bundesländern aus?

**Antwort:** Die Zahl der Doktoranden, Diplomstudierenden und Gasthörerstudierenden allgemeiner Art liegen mir nicht vor. Im Rahmen der Programme des Seniorenstudiums kann von etwa 25.000 älteren Erwachsenen ausgegangen werden. Die Nachfrage dürfte steigen.

? Wie sieht die neue Regelung für Senior-Studierende aus? (Unterscheidung nach Gasthörerstatus und berufsqualifizierendem Abschluss)

**Antwort:** Der Entwurf der Verordnung sieht folgende Regelung vor:

Zweitstudiengebühr und Gebühr für Teilnahme über 60-jähriger Personen an grundständigem oder Promotionsstudium: 650 Euro; allgemeine Gasthörergebühr je nach Gesamtzahl der Semesterwochenstunden: 50 Euro (bis vier SWS), 75 Euro (bis acht SWS), 125 Euro (bei mehr als acht SWS); besondere Gasthörergebühr und die Gebühr für ein Weiterbildendes Studium wird von der Hochschule festgesetzt (mindestens 50 Euro).

? Ministerpräsident Clement hat in seiner Regierungserklärung betont, dass die älteren Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft ermuntert werden sollen. Wie bewerten Sie die neuen Regelungen vor dem Hintergrund angesichts der demographischen Entwicklung?

**Antwort:** Hier liegt ein Hauptproblem. Die Verordnung geht in ihrer Begründung davon aus, dass ein Studium im Alter nicht auf eine Berufstätigkeit vorbereite, sondern dass es sich um eine „nicht existenznotwendige Beschäftigung“ handle. Angesichts der erwarteten demographischen Entwicklung, der bildungsbiographischen Veränderung der kommenden Alterskohorten, der Wandlung der Arbeitsgesellschaft zu einer Tätigkeitsgesellschaft, in der im dritten Sektor Senioren ihre Kompetenzen weitergeben. Angesichts der zwanzigjährigen Tradition in NRW, ist von einer Erweiterung der

wissenschaftlichen Weiterbildung auch für den nachberuflichen Bereich auszugehen. An der Universität Dortmund studierten seit den letzten 20 Jahren in einem fünfsemestrigen Weiterbildenden Studium zur Vorbereitung auf nachberufliche Tätigkeiten in der neuen Zivilgesellschaft pro Jahr 60 ältere Erwachsene, die zu 87 Prozent ehrenamtlich tätig werden.

? Was wünschen Sie dem Seniorenstudium und den künftigen Seniorenstudenten?

**Antwort:** Den Universitäten wünsche ich, dass sie angesichts der Um-

strukturierung der Bildungslandschaft die Chance sehen, die Weiterbildung von Personen ab 50 Jahren nicht nur privaten Trägern zu überlassen, sondern sich durch Entwicklung und Erprobung eines differenzierten Weiterbildungssystems für Senioren ein unverwechselbares Profil schaffen, das sie von anderen Hochschulen im In – und Ausland unterscheidet. Das gilt vor allem durch die Verbindung von Forschung und Lehre für den Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten in unserer Gesellschaft. Das Interesse des Auslands zeigt sich unter anderem in der

Mitarbeit der Universität Dortmund im International Consortium for Inter-Generational Programmes ICIP.

Den Senior-Studierenden wünsche ich, dass sie durch das Studium ermutigt werden, alte Träume durch Tätigkeiten in der modernen Gesellschaft zu verwirklichen, was nicht nur der eigenen Identitätsentfaltung und der Verbesserung des subjektiven Gesundheitszustandes dient, sondern auch zum sozialpolitischen Nutzen für die Gesellschaft beiträgt.

*Das Interview führte Barbara Eifert*

## LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

### Erfahrungswissen für Initiativen

**N**och nie waren die älteren Menschen so gut qualifiziert und gesundheitlich so fit wie heute. Dass sie gesellschaftlich und sozial aktiv bleiben möchten, belegt das große ehrenamtliche Engagement.

„EFI“ (Erfahrungswissen für Initiativen) – ein Bundesmodellprogramm – unterstützt die Ehrenamtlichen durch Weiterbildungs- und Einsatzmöglichkeiten als seniorTrainerin oder seniorTrainer. Die Ausbildung zum seniorTrainer/in dauert rund fünf Monate. Ausgebildet wird in drei Kursblöcken à drei Tagen. Trainiert

werden der Aufbau einer Projektgruppe, Gesprächs- oder Verhandlungsführung, Öffentlichkeitsarbeit und Projektleitung. Die Zwischenzeit ist gefüllt mit praktischer Arbeit. Für die Werbung von seniorTrainer/innen und ihren Einsatz sind die örtlichen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Bildungsträger zuständig. Nach Kursabschluss gibt es die „SeniorenEhrenamtskarte“ – abgekürzt „Seneka“. Sie dient als Identitäts- und Ausbildungsnachweis und gewährleistet einen Versicherungsschutz während der Ausübung der

jeweiligen Tätigkeit. Nach der ersten Ausbildungsphase 2002/2003 stehen rund 700 seniorTrainer/innen zur Verfügung.

Neun Bundesländer und 32 Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Bildungsträger nehmen derzeit an dem Modellprogramm teil, das bis 2006 läuft.

Vorgestellt wurde das Programm am 10. Juli 2002 in Potsdam.

*Für die LSV NRW begleitet dieses Projekt Vorstandsmitglied Ruth Hunecke, Bielefeld*

## Kultur von – für – mit Senioren/innen

### Seminar der Landesseniorenvertretung in Willich

**E**s stimmte einfach alles: Die engagierte Mitarbeit der 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung „Kultur für Senioren“, das fachlich kompetente Angebot des Seminars, das eine Fülle von Innovationen und Informationen für den Bereich der Kulturarbeit für Senioren vermittelte. Die kooperative Unterstützung des Willicher Seniorenbeirates durch F. Funke, H. Rosarius und des Seniorenbeauftragten H. Jacobs, der freundschaftliche und gesellige

Umgang miteinander, der durch das schöne Haus im Park mit bequemer Unterkunft und liebevoller Betreuung noch gefördert wurde – Fazit: Das Seminar, das im Rahmen der 6. Willicher Seniorenwochen in der Bildungsstätte Haus Broich angeboten wurde, war ein großer Erfolg.

Der erste Seminartag stand unter dem Motto: „Einer für alle, alle für einen“. Karin Nell und Ute Frank aus Düsseldorf berichteten über Aufbau, Sinn und Zweck von (Kultur)-Netz-

werken. Karin Nell ist Projektleiterin der Netzwerke in der Landeshauptstadt. Fazit: Ältere Menschen sollten schon früh beginnen, ein soziales Umfeld aufzubauen, damit sie nicht vereinsamen, sondern aktiv am Leben teilnehmen können, auch wenn es altersbedingte Einschränkungen gibt.

Der Bericht der Referentinnen über den „Kulturführerschein“ fand das besondere Interesse der Tagungsteilnehmer/innen.

Am zweiten Tag wurden die schauspielerischen Talente der Tagungsteilnehmer gefordert. Ingrid Berzau und Dieter Scholz vom „Freien Werkstatt-Theater Köln“ vermittelten in einem Workshop mit praktischen Übungen Grundlagenwissen, das dann im Höhepunkt des Tages, der „Jahrhundertrevue“ umgesetzt wurde. Mit viel Engagement und darstellerischem Können spielten die Senioren und Seniorinnen im Alter von 50 bis 92 Jahren Szenen aus ihrem Leben. Aus der Vielfalt der Einzelschicksale wurde Geschichte spannend und lebendig vermittelt.

Am dritten Tag stand wieder die praktische Arbeit im Vordergrund. Aus der Fülle der Informationen und Anregungen entwickelte jedes Seminarmitglied gezielt ein Projekt, das konkret in der Kommune initiiert und umgesetzt werden soll. Die Sammlung von



Teilnehmer/innen beim Seminar in Haus Broich in Willich. Es ging um Kultur von, für und mit Senioren/innen.

Vorschlägen kann in der Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung in Münster abgerufen werden.

Nach des Tages gern geleisteter Mühe und Arbeit ließ es sich an den lau-

en Sommerabenden auf der Terrasse von Haus Broich gut ausruhen.

Irmgard Scheinemann

Ruth Hunecke

Hilde Jaekel

## Kommentar

### zum Schreiben des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, H. Mehdorn

Sie erinnern sich: Die Mitgliederversammlung der LSV hatte am 18. März 2002 beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, bei der Deutschen Bahn AG gegen die Streichung der Seniorenkarte zu protestieren. Der

Vorstand der LSV hat diesen Beschluss umgesetzt und den Protest direkt an den Vorstandsvorsitzenden, Hartmut Mehdorn, gesandt. (Siehe Ausgabe von „NUN REDEN WIR“ vom Mai 2002.)

Frau  
Hiltrud Wessling  
Gasselstiege 13  
48159 Münster

Deutsche Bahn **DB**

Hartmut Mehdorn  
Vorsitzender des Vorstandes

21. Mai 2002

Sehr geehrte Frau Wessling,

Sie waren durch den VdK aufgefordert, uns – der Deutschen Bahn – Ihre Meinung zur Neugestaltung der BahnCard-Konditionen zum 15.12.2002 mitzuteilen.

Wir alle wissen: Es ist immer schwierig, bekannte Dinge zu verändern. Oft werden die Vorteile von neuen Regelungen erst nach ihrer Einführung gesehen. Denn nur dann sind diese Vorteile auch erlebbar, kann sich jeder persönlich davon überzeugen. Wir sind uns aber sicher, dass auch Sie die neue BahnCard und andere Vorteile unseres neuen Preissystems schätzen lernen. Diese Vorteile erschließen sich erst,

**M**it Ironie betrachtet, bietet das Preissystem der Deutschen Bahn AG durchaus heitere Momente. Aber Spaß beiseite, denn das „Antwortschreiben“ des Herrn Mehdorn auf den Protest der LSV NRW gegen die BahnCardpläne ist nicht sachdienlich und vor allem eines: ärgerlich. So beginnt

das ‚Vordruckschreiben‘ bereits mit einem Fehler und einer Degradierung. Die LSV NRW wird nämlich als Handlanger des VdK (Verband der deutschen Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderter und Rentner Deutschlands) ohne eigene Motivation zum Protest angesprochen. Nun, dieser Un-

kenntnis kann mit einem Info-Paket der LSV NRW abgeholfen werden.

Schwerer hingegen wiegt die Ignoranz der DB gegenüber ihrem größten Kunden – dem älteren Menschen. Denn offenbar haben die Öffentlichkeitsstrategen der DB noch nicht verstanden, dass man Menschen ab 60 Jahren keine Märchen erzählen kann. Geradezu märchenhaft werden die Vorzüge des neuen Preissystems aufgeführt, ohne dabei auch nur auf ein einziges Gegenargument einzugehen.

Gekrönt wird der Brief am Ende mit zwei Verheißungen: Preisgünstige Fahrscheine und weniger volle Züge. Die erste Verheißung wird sich kaum erfüllen lassen, die Zweite hingegen hat in Anbetracht der Preiserhöhungen Aussicht auf Erfolg.

Wir bitten um Ihr Verständnis Herr Mehdorn, aber dafür haben wir keines. Ebenso wenig wie für die dauernden Verspätungen der Deutschen Bahn!

Barbara Eifert



# AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

## OLPE

### Pflegeplätze angemahnt

**P**flegebedürftige Olper Bürger bekommen zurzeit keinen Platz in einem Olper Pflegeheim. Im Versorgungsbereich Olpe/Drolshagen/Wenden mit 57.000 Einwohnern stehen 354 Pflegeplätze im vollstationären Bereich zur Verfügung. In Olpe, mit mehr als 25.000 Einwohnern, nur 101. Vom Leiter des Seniorenhauses „Gerberweg“ mit 62 Plätzen, Karl-Wilhelm Menke war zu erfahren, dass 85 Olper Bürger und 27 Auswärtige auf der Warteliste des Hauses stehen. Möglicherweise ist die Zahl der Olper, die auswärts untergebracht sind, darin enthalten. Das Kreissozialamt schätzt den zusätzlichen Bedarf an Pflegeplätzen bis 2005 auf 120.



Der Vorsitzende der AOS, Walter Faulenbach (links) überreicht Bürgermeister Horst Müller das Schreiben bezüglich der fehlenden Pflegeplätze.

Nach Bekanntwerden dieser alarmierenden Zahlen wandte sich die Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren mit der dringenden Bitte an die Stadt Olpe und die Kreisverwaltung, die aktuelle Versorgungslücke so schnell wie möglich zu schließen.

In einem Schreiben, das Walter Faulenbach und Walter Ackerschott von AOS dem Bürgermeister der Stadt Olpe, Horst Müller, am 17. Juli überreichten, wurde angesichts der Haushaltssperren beim Land NRW und beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe darauf hingewiesen, dass es zu den originären Aufgaben der Gemeinden gehöre, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die erforderlichen Einrichtungen für die soziale Betreuung ihrer Einwohner zu schaffen. Dazu gehöre auch die möglichst ortsnahe Bereitstellung eines Heimpflegeplatzes.

Walter Ackerschott,  
Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren

## ÜBACH-PALENBERG

### Zentrum für Jung und Alt

**M**an nehme einen sanierungsbedürftigen und stillgelegten Bahnhof, sei von einer tollen Idee regelrecht besessen, überzeuge Verantwortliche im Land NRW und in der Stadt Übach-Palenberg von der Einmaligkeit dieses Projektes, erhalte 1,3 Millionen Euro Fördermittel des Landes zu den 1,79 Millionen Euro Gesamtkosten, baue das alte Bahnhofsgebäude um, erweitere dieses um einen Neubau und schaffe damit ein neues Jugend- und Seniorenzentrum. Da wo früher Reisende auf ihren Zug gewartet haben, ist seit der offiziellen Einweihung im Juli 2002 ein jugend- und seniorenpolitisches Neuland betreten worden. Das Seniorenzentrum ist als Angebot zu verstehen, Lebenserfahrung und Wissen von Senioren/innen für Senioren/innen, aber auch für die jüngere Generation und das Gemeinwesen einzubringen. Dieses neue kombinierte Zentrum ist geschaffen worden als ein Integrationstreffpunkt für Jung und Alt.

Zu dieser einmaligen Einrichtung gratulierte der Seniorenbeirat dem Bürgermeister und allen Verantwortlichen der Stadt Übach-Palenberg, die dieses Projekt unterstützt und zur Vollendung gebracht haben.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates, Astrid Peters, brachte bei der Eröffnung des Zentrums ihre Freude zum Ausdruck: „Übach-Palenberg hat's – das Generationshaus – ein Pilotprojekt. Erstmals entstand ein Jugend- und Seniorenzentrum aus einem historischen Gebäude, dem alten Bahnhof.“ Bereits vor 150 Jahren sei das Bahnhofsgelände eine Begegnungsstätte unterschiedlichster Art gewesen. Die Tradition werde künftig mit einer ganz anderen, wichtigeren Bedeutung fortgeführt: Jung und Alt unter einem Dach. Symbolisch überreichte Astrid Peters ein Gästebuch mit dem Eintrag: „Aktiv pro Zukunft – Junioren & Senioren. Gemeinsam ist das Ziel, ist der Erfolg. Die Alten ehre stets, du bleibst nicht ewig Kind. Sie waren was du bist und du wirst was sie sind“.

In der Frage der Mitgestaltung und Hilfe, dieses Zentrum für Jung und Alt mit Leben zu erfüllen, sehe sich auch der Seniorenbeirat in die Pflicht genommen, versprach Astrid Peters: „Wir wollen in die Zukunft blicken nach einer Gesellschaft für alle Lebensalter. Das Bewusstsein und die Bereitschaft an diesem gesellschaftlichen Ziel mitzuwirken, muss aus dem Dialog der Generationen untereinander wachsen ... Aus dieser Spannung entstehen Innovationen und Fortschritt. Hierin ist der Seniorenbeirat eingebunden, sowohl als Akteur aber auch weiterhin als eine Institution, die älteren Menschen Hilfe zur Selbsthilfe gibt und zur Seite steht.“

Der Rahmen, in dem die feierliche Eröffnung stattfand, das gelungene Programm und die vielschichtigen Angebote für Leib und Seele haben bei allen, die dabei gewesen sind, Anerkennung und Zuversicht erkennen lassen. Die Annäherung der Generationen war vollzogen.

Rolf Liebscher  
Mitglied und Pressesprecher  
des Seniorenbeirates der  
Stadt Übach-Palenberg



## MÜNSTER

## Kostenloser Ratgeber für Senioren

Der Seniorenrat der Stadt Münster e. V. hat einen Seniorenratgeber mit dem Titel „Münster, eine Stadt für Alt und Jung“ herausgegeben.

Der Seniorenratgeber ist kostenlos in der Bürgerberatung im Stadthaus I und im Büro des Seniorenrates im Gesundheitshaus, Gasselstiege 13, zu erhalten.

## SEMINAR für pflegende Angehörige

Menschen, die ihre schwerkranken Angehörigen pflegen müssen, sind nicht selten am Rand ihrer Kräfte. Welche Möglichkeiten gibt es, sie zu entlasten? Welche politischen Forderungen sind an wen zu stellen.

Dr. Uta Renn, Dr. Rainer Wettreck und Mitarbeiterinnen arbeiten diese Fragen in einem Seminar auf, das vom 14. bis 16. Oktober 2002 im Kolpinghaus, Aegidii Straße in Münster, stattfindet.

Die Teilnahmegebühr beträgt 40 Euro. Anmeldungen per Brief oder Fax an die Landesseniorenvertretung NRW in Münster, Gasselstiege 13.

Wenn Sie sich telefonisch anmelden, muss umgehend eine schriftliche Bestätigung nachgereicht werden.

## Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik

### Zehnjähriges Bestehen mit 150 Gästen gefeiert

Zehn Jahre Deutsche Gesellschaft für Gerontotechnik – ein Jubiläum, das mit über 150 Gästen aus der ganzen Bundesrepublik – unter ihnen auch NRW-Minister Harald Schartau – im Deutschen Zentrum Gerontotechnik in Iserlohn gefeiert wurde.

Unter dem Motto „Gerontotechnik – Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichem Anliegen und Wirtschaftsförderung“ beleuchtete Harald Schartau (Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW) in seinem Festvortrag, die unterschiedlichen Facetten der bundesweit einmaligen Arbeit der GGT. „Hier werden die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können“, so Minister Harald Schartau. Die GGT stelle sozusagen die Schnittstelle zwischen Technik und Innovationen einerseits und dem Wunsch nach einer selbstständigen Lebensführung andererseits dar.

Dass die GGT allerdings vor zehn Jahren aus dem Nichts entstanden sei, so wie es in der Einladung heißt, konnte Ministerialdirigent Dr. Robert Mainberger keineswegs bestätigen. Vielmehr erinnerte er sich noch ganz deutlich an die ersten Zusammenkünfte. „Ich war von An-

fang an beeindruckt von dem Engagement einer Hand voll Initiatorinnen und Initiatoren, die sich durch keine Bedenken und auch nicht von größeren Hindernissen abhalten ließen, ihre Idee fortzuführen, die deutlich von Herz und Verstand geprägt war.“ Eben dieses Engagement von Personen sei schließlich das Geheimnis für den Erfolg des Deutschen Zentrums Gerontotechnik und werde auch die Verpflichtung für die Zukunft sein.

Vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) gratulierte Geschäftsführer Klaus Großjohann zum Geburtstag. Er erinnerte daran, dass die Initiative Gerontotechnik schon bei der Gründung dem KDA vorgestellt und eine Befürwortung erhalten hatte. Das KDA sei gerne bereit, auch weiterhin mit der GGT zu kooperieren.

Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Hiltrud Wessling, würdigte die Arbeit der GGT als eine „glückliche Verbindung“ zwischen einem gesellschaftlich immer bedeutsamer werdenden Anliegen auf der einen, und den wirtschaftlichen Aspekten auf der anderen Seite. Aus Senioren-Sicht bestätigte sie, dass das Deutsche Zentrum Gerontotechnik zu einer Anlaufstelle für unzählige ältere Menschen geworden sei.

*B. Bohlken, Pressesprecherin GGT*

### Impressum:

**NUN REDEN WIR** ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

### Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: [www.senioren-online.net/lsv-nrw](http://www.senioren-online.net/lsv-nrw)

E-Mail: [lsv-nrw@senioren-online.net](mailto:lsv-nrw@senioren-online.net)

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

**V.i.S.d.P.:** Hiltrud Wessling

**Redaktion:** Elke Seul (fdS)

**Wiss. Beratung u. Mitarbeit:** Barbara Eifert

**Satz und Druck:** Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

**Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2002.**

Thema „Verbraucherschutz für ältere Menschen-Wohnen, Pflege, Ernährung“. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen.  
**Redaktionsschluss 15. Nov. 2002**

# SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Olpe

Die Senioren Union der Kreisstadt Olpe veranstaltete 1995 erstmals eine Seniorenwoche. Dabei stellte man fest, dass die Bereitschaft der im Seniorenbereich tätigen Vereine zur Zusammenarbeit erfreulich groß war. Das führte zu der Überlegung, ob nicht die Bildung eines Seniorenbeirats sinnvoll wäre. Bei den Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden der im Rat der Stadt vertretenen Parteien stellte sich aber bald heraus, dass die Bildung eines Seniorenbeirates bei den Ratsmitgliedern auf wenig Gegenliebe stieß. Wir fragten uns, ob nicht ein Zusammenschluss der auf Stadtebene im Seniorenbereich tätigen Vereine, Verbände und Einrichtungen die Interessen und Belange der älteren Mitbürger ebenso wirksam vertreten könne wie ein Seniorenbeirat. Im Vorfeld hatte uns die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW, Hiltrud Wessling, wertvolle Hinweise zur Bildung einer Seniorenvertretung vermittelt.

Auf einer Versammlung des ins Leben gerufenen AK „Seniorenbeirat“ wurde am 9. November 1999 in der DRK-Altentagesstätte der Beschluss gefasst, am 11. Januar 2000 eine „Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren“ als Verein mit Satzung und Vorstand zu gründen. Als überparteilicher und interkonfessioneller Zusammenschluss der auf Stadtebene im Seniorenbereich tätigen Vereine, Verbände und Einrichtungen setzte sich der Verein zum Ziel, die besonderen Belange und Interessen der älteren Bewohner der Stadt zu vertreten. Es gelang dem gewählten Vorstand der AOS schnell, vom Rat und der Verwaltung der Stadt Olpe anerkannt zu werden. Seinem Antrag an die Landesseniorenvertretung NRW, dort Mitglied zu werden, wurde nach Vorlage der Satzung ebenfalls schnell stattgegeben. Ein Mitglied des Vorstandes als sachkundigen Bürger in den Sozialausschuss zu bekommen, gelang ohne Probleme. Eine von der Arbeitsgemeinschaft benannte Person arbeitet auch in der Pflegekonferenz des Kreises Ol-

pe mit. Die Stadt Olpe stellt uns seit 2001 zur Bestreitung unserer Auslagen jährlich einen Betrag von 3000 DM beziehungsweise 1533,88 Euro zur Verfügung. Zurzeit haben 27 Vereine, Verbände und Einrichtungen ihren Beitritt zur AOS erklärt und jeweils eine Person als Vertreter benannt.

Obwohl wir bewusst kein eigenes Veranstaltungsprogramm anbieten, gibt es eine Menge Arbeit.

Die Vorbereitung der seit 1995 jährlich stattfindenden Olper Seniorenwoche gehört dazu. In diesem Jahr wurde sie vom 26. bis 31. August durchgeführt. Zum Auftakt lud traditionell die Stadt Olpe als Veranstalter zu einem bunten Nachmittag mit Kaffee und Kuchen in die Stadthalle ein. Am 27. August veranstaltete der Stadtsportverband ein Boule-Turnier. Weil am 22. September 2002 ein neuer Bundestag gewählt

## Arbeitsgemeinschaft Olper Senioren mischt in Politik und Gesellschaft mit

wird, hatte die AOS am 28. August die Bundestagskandidaten der Parteien zu einem Podiumsgespräch eingeladen. Sie nahmen zu Themen wie Rente, Gesundheitswesen, Grundsicherung und Altenpflege Stellung.

Auf große Resonanz stieß der Wettbewerb „Senioren schreiben ihre Geschichten“. In Zusammenarbeit mit der Sparkasse Olpe, Drolshagen, Wenden forderten wir die Senioren/innen ab 60 aus den Städten Olpe und Drolshagen sowie der Gemeinde Wenden auf, bis Ende Februar 2002 ihre persönlichen Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit aufzuschreiben. Jetzt liegen uns 57 interessante und auch bedrückende Geschichten vor. Eine Jury aus Fachleuten liest und bewertet zurzeit die eingesandten Beiträge. Die besten Geschichten sollen als Broschüre oder Buch herausgegeben werden.

Im Mai letzten Jahres hat die Stadt Olpe einen Partnerschaftsvertrag mit der französischen Stadt Gif sur Yvette in der Nähe von Paris geschlossen. Die

AOS nahm bereits vor der Vertragsunterzeichnung als erster Verein der Stadt Olpe im Jahr 2000 Kontakt mit den Senioren der Partnerstadt auf. Der Empfang dort war überaus herzlich und informativ. Im Herbst diesen Jahres erwarten wir einen Gegenbesuch der Franzosen.

Ein von der AOS herausgebener „Seniorenratgeber“ ging weg wie warme Semmel. Eine erweiterte Neuauflage ist im Gespräch.

In den Facharbeitskreisen der lokalen Agenda arbeiten einige Vorstandsmitglieder der AOS eifrig mit. Projekte wie „Wohnen im Alter“ und „Seniorenreisen“ sind aktuell.

Als der Vorstand des AOS vom Leiter des Sozialamtes angesprochen wurde, ob wir bereit seien, einen Stand auf dem Marktplatz in der Woche der ausländischen Mitbürger im September

2001 zu übernehmen, stellten wir uns selbstverständlich zur Verfügung.

Entscheidungshilfen für eine seniorenfreundliche Stadt Olpe erhofft sich die AOS von einer Seniorenbefragung.

Die Mitgliederversammlung hat am 14. März diesen Jahres beschlossen, die Stadt zu bitten, im nächsten Jahr eine Befragung der Senioren/innen in Olpe durchzuführen und die dafür notwendigen Finanzen in den Haushaltsplan 2003 einzustellen. Einen von der AOS zusammengestellten Fragebogen legten wir dem Antrag gleich bei. Eine Zusammenarbeit bei der Gestaltung und Auswertung des Fragebogens mit der Uni Siegen hält die AOS für sinnvoll. Die Stadt Olpe ließ durchblicken, dass sie an einer Befragung der Senioren/innen sehr interessiert ist und eine wissenschaftliche Begleitung durch die Uni Siegen für wichtig hält. Die AOS hat ihre Mithilfe bei der Auswertung der Fragebögen zugesagt.

Walter Ackerschott

Telefon: 02761 619832

# SENIORENVERTRETUNGEN STELLEN SICH VOR

z. B. Gelsenkirchen

Im Interesse guter menschlicher Beziehungen und zur Lösung der besonderen Probleme der im Stadtgebiet wohnenden Seniorbürgerinnen und Seniorbürger wurde bereits 1975 beschlossen, einen Seniorenbeirat - heute Beirat für Senioren - (BfS) - zu bilden, der an der Verbesserung der Lebensqualität der älteren Mitbürger mitwirken soll. Der BfS hat innerhalb seines Aufgabenbereiches Ideen zu entwickeln, Anregungen entgegenzunehmen, zu beraten, und dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen so wie dem Oberbürgermeister Empfehlungen zuzuleiten. Gelsenkirchen war eine der ersten Städte, die einen Seniorenbeirat gewählt hat. Dies hat auch überregional Beachtung gefunden.

Der Beirat setzt sich paritätisch zusammen. Ihm gehören sieben Mitglieder des Rates der Stadt beziehungsweise sachkundige Bürgerinnen und Bürger sowie sieben Vertreterinnen oder Vertreter der Verbände der freien Wohlfahrt an. Die Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände sind Fachleute auf Gebieten, die in engem Zusammen-

hang mit der Seniorenarbeit stehen. Der Beirat für Senioren ist also schon durch seine Zusammensetzung und daraus resultierende enge Zusammenarbeit zwischen Rat und Wohlfahrtsverbänden in der Lage, sehr grundsätzlich und zugleich sehr problemnah zu arbeiten. Dieses ist einer der Gründe für die guten Erfolge seiner kontinuierlichen Arbeit. In regelmäßig stattfindenden Sitzungen befasst sich der Beirat mit den Problemen und Sorgen der Gelsenkirchener Seniorbürgerinnen und Seniorbürgern.

Auch auf Landesebene, in der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., führt der Beirat seine Arbeit fort. Dort vertritt der Vorsitzende des Beirates, Günter Homey, die Interessen der Gelsenkirchener Seniorbürgerinnen und Seniorbürger. Der Beirat für Senioren beeinflusst maßgeblich die Gestaltung der Altenpolitik in Gelsenkirchen.

Als Mitglied der örtlichen Pflegekonferenz hat der Beirat den Aufbau einer Träger unabhängigen Pflegeberatung mit gestaltet und wirkt an der Sicherung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur auf dem Pflege-

markt mit. Der Beirat für Senioren hat sich an der Erstellung und Aktualisierung des Gelsenkirchener Seniorenplanes beteiligt, der sich in eine umfassende Information zur Sozialpolitik mit ihrer umfangreichen Gesetzgebung, in den Pflegebedarfsplan und einen Katalog von Zielvorstellungen in der offenen Seniorenarbeit gliedert. Viele der Zielvorstellungen konnten unter Mitwirkung des Beirates bereits verwirklicht werden. So wurden zum Beispiel

- eine Koordinierungsstelle Seniorenarbeit eingerichtet
- das Angebot an seniorengerechten Wohnungen ortsteilbezogen ausgeweitet
- die innere Sicherheit im Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit der Polizei verbessert
- der flächendeckende Ausbau von Beratungs- und Vermittlungsstellen vorangetrieben
- die Einrichtung von zwei Seniorenzentren (Seniorenbegegnungsstätten) forciert
- die Möglichkeiten im Bereich Bildung und Freizeit unter anderem durch die Einrichtung von vier Internet-Cafés für Senioren verbessert
- die Gründung von zwei ZWAR-Gruppen im Rahmen der Initiative „Zwischen Arbeit und Ruhestand“ auf den Weg gebracht.

Darüber hinaus hat der Beirat im Internationalen Jahr der Senioren eine Reihe von Veranstaltungen initiiert und in diesem Rahmen einen zweitägigen Seniorenkongress mitgestaltet. Auch die im Juli 2001 aktualisierte Neuauflage des Gelsenkirchener Seniorenratgebers ist unter Mitwirkung des Beirates entstanden. Der Seniorenarbeit in Gelsenkirchen konnten durch seine Mitarbeit wichtige Impulse vermittelt werden.



*Engagement für die Belange der älteren Mitbürger: Die Mitglieder der Seniorenvertretung der Stadt Gelsenkirchen.*

## Modellprojekt *LIMITS*

### Selbstbestimmung – Selbstverantwortung in Pflege und Medizin

*Frau S., 63 J., Lehrerin im Ruhestand, betreut ihre 87jährige Mutter, deren dementielle Erkrankung (Altersverwirrtheit) sich in den letzten Jahren stetig verschlimmert hat. Nach dreijähriger Pflege und familiärer Betreuung im eigenen Wohnumfeld sind die Grenzen für die Tochter spürbar erreicht. Im Seniorenheim angekommen, verstärkt sich noch die Verwirrtheit der Mutter. Ihr Allgemeinzustand verschlechtert sich zunehmend, so dass sie jetzt mit Zustimmung der Tochter katheterisiert (künstliche Ableitung des Urins) und künstlich ernährt wird (Magensonde PEG). Zunehmend wehrt sich die Mutter gegen die pflegerische Betreuung, zieht heftig an der Sonde, reißt den Katheter heraus. Deswegen stimmt die Tochter auch zu, dass die Mutter des öfteren festgebunden (fixiert) wird. An einem Wochenende bekommt sie eine schmerzhafte Lungenentzündung, Atemnot, droht zu ersticken. Die Pflege sieht sich überfordert, ebenso der Hausarzt. So stimmt die Tochter gegen den früher geäußerten Willen der Mutter („Ich will nicht ins Krankenhaus!“) einer Krankenhauseinweisung zu. Die Mutter wehrt sich erneut. Die Tochter: „Aber was soll ich denn machen, sie weiß doch nicht mehr, was sie tut!“ Im Krankenhaus wird die Mutter weitgehend medikamentös ruhig gestellt. Die Infektion wird mit Antibiotika behandelt. Nach zwei Wochen wird sie wieder zurück in ihr Seniorenheim verlegt. Schwach und apathisch, wie abwesend, lässt sie ab jetzt alles über sich ergehen. Die Tochter: „Aber wenn ich sie an dem Wochenende nicht hätte einweisen lassen – meine Mutter wäre jetzt tot! Was hätte ich denn machen sollen?!“*

**W**enn schwerkranke und pflegebedürftige Angehörige sich nicht mehr äußern können, ist es oft zu spät. Dann geht es vielen so wie der Tochter von Frau S. Meist völlig

unvorbereitet müssen sie nun stellvertretend (mit-)entscheiden, was für Mutter, Vater, Partner/in jetzt das Richtige ist. Ärzte, Pflegende, die Familie, Nachbarn und Freunde, der Gemeindepfarrer, Bücher und Schriften geben Rat. Aber die letzte Verantwortung nimmt der Tochter oder dem Sohn niemand ab: „Was ist jetzt richtig?“ „Würde Mutter, Vater, Partner oder Partnerin das so wollen?“ „Wie soll ich die unterschiedlichen Aussagen von Ärzten und Pflegenden bewerten?“ „Wer darf eigentlich rechtlich welche Entscheidungen treffen und werden die Entscheidungen auch respektiert und umgesetzt?“

Gut tut es, wenn es gelingt, für den Angehörigen die letzte Lebensphase in seinem Sinne zu gestalten – noch besser, wenn sich die Betroffenen selbst frühzeitig über ihre Wünsche klar geworden sind und diese auch abgesprochen und abgesichert haben. Die Problematik beginnt im gesunden Leben, im Alltag, in der Gesellschaft und Erziehung, in den Abläufen unseres Gesundheitssystems. Ein aktives, selbstbewusstes und selbst gestaltetes Leben darf nicht aufhören, wenn es um Fragen chronischer Erkrankungen, medizinischer Behandlung, familiärer Unterstützung und pflegerischer Hilfe geht. Es geht um Selbstverantwortung, Entscheidungsfähigkeit, Rechte und Mündigkeit in einem System, das bisher meist auf Passivität, Erdulden und maximale Einpassung in vorgegebene Abläufe ausgerichtet ist. Es ist die Sorge, dass Würde und Selbstbestimmung verloren gehen könnten.

Angestoßen von den Heimbeiräten der Stadt Münster, wird das Modellprojekt *LIMITS* gefördert vom Land NRW und der Stadt Münster. „Selbstbestimmt leben – menschlich sterben – füreinander entscheiden“ in diesem Dreiklang haben sich Landes seniorenvertretung, Ärztekammer, Seniorenrat, Heimbeiräte, Caritas und Diakonie, Hospizbewegung, Stadt Münster, Hausärzte zu einem großen

Ethik-Projekt zusammengefunden. Deutlich wird schon jetzt: Pflegende Angehörige brauchen verstärkt Unterstützung. Gespräche, was in Notfällen zu tun und zu lassen ist, müssen frühzeitig miteinander geführt werden. Patientenverfügungen, aber auch konkrete Absprachen mit Pflegedienst und Hausarzt sind nötig.

**LIMITS** bietet mit einem Team von fünf Kolleginnen Unterstützung zu folgenden Fragen an:

- Was will ich in einer letzten Lebensphase an medizinischen Maßnahmen haben und was nicht? Wer soll für mich sprechen dürfen? (Informationsveranstaltungen, Bildung und Beratung)
- Wie sollen die Beteiligten im Notfall handeln? Was ist vorab zu organisieren, ist ein Hausarzt erreichbar? (Gemeinsam Notfallpläne erstellen, vorausschauende Absprachen und Regelungen)
- Wie entscheide ich richtig für meinen Angehörigen? (ethische Beratung bei stellvertretenden Entscheidungen)
- Wie können sich Seniorenheime, Pflegedienste, Haus- und Notärzte in der letzten Lebensphase verstärkt am Willen des Einzelnen orientieren? (Vernetzte Entwicklung, Entwicklung ethischer Strukturen: ethische Fallbesprechungen, ethische Beratung)
- Welchen Sinn macht diese Therapie? Was ist wirklich im Sinne des Betroffenen? (Moderation von ethischen Konflikten)
- Wie kann es gelingen, dass die Menschen selbst Verantwortung ergreifen für ihre eigenen Lebensfragen und Lebensentscheidungen? (Aus- und Weiterbildungsangebote)
- Wie können die von Pflege und Medizin Betroffenen gemeinsam das öffentliche Bewusstsein und das politische Handeln so verändern, dass unser Gesundheitssystem sich verstärkt an den Wünschen der Betroffenen orientiert?

**LIMITS-Projekt, Windthorststr. 13, 48143 Münster. Tel. 0251/48823 21. <http://www.Limits-Projekt.de>.**